

# Brief aus Berlin



## Die Regierungskoalition setzt falsche Prioritäten

Dieser Tage konnte man den Medienberichten entnehmen, dass Deutschland ab 2026 Flüssigerdgas aus Katar beziehen soll. Im Rahmen der laufenden Fußball-WM bekunden viele Regierungsvertreter ihre Solidarität und werben für unsere freiheitlichen Grundwerte. Dieser Einsatz für das eigene Land scheint bei der Aushandlung der Gasverträge jedoch abhanden gekommen zu sein. Offensichtlich wurden die Konditionen überwiegend von katarischer Seite festgelegt.

Der Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren und beginnt erst ab 2026. Das ist zu spät und außerdem manövriert uns die Regierung in eine neue langfristige Abhängigkeit von einem Staat, der hinsichtlich Menschen- und Freiheitsrechten gleichzeitig vielfach kritisiert wird. Wie der Wirtschaftsminister den Bürgern und vor allem seiner Parteibasis das als Erfolg vermitteln will, bleibt rätselhaft.

Grundsätzlich halte ich es für richtig, rechtzeitig Alternativen zur Energieversorgung sicherzustellen. Jedoch findet die Bundesregierung auch weiterhin keinen guten Weg, mit der Energiekrise richtig umzugehen und den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu geben. Auch in diesem Monat hat sich das Parlament damit auseinandergesetzt.

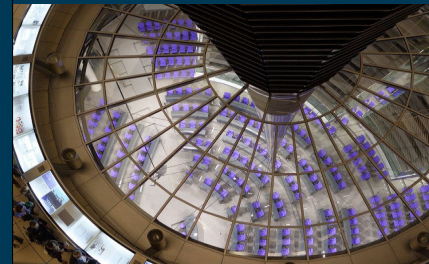
In erster Lesung haben wir die – nunmehr endlich – von der Koalition vorgelegten Maßnahmen zur Energiepreisdeckelung beraten. Darüber hinaus standen das Inflationsausgleichsgesetz, das Jahressteuergesetz, das Sanktionsdurchsetzungsgesetz und viele weitere Vorhaben auf der Agenda, die noch vor Jahresende beschlossen werden sollen.

Die Unionsfraktion hat parlamentarische Initiativen zur Wärmewende, für das KiTa-Gesetz, zur Aufbauhilfe und vielen weiteren Themen eingeleitet.

## Diese Woche:

Seite 2–3

Themen im Bundestag



Seite 4

Rainer trifft...





# Themen im Bundestag

## Das Gesetz zur Einführung einer Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung sonstiger Vorschriften



© Foto: picture alliance/dpa | Frank Rumpfenhorst

Der Bundestag hat am Donnerstag, 1. Dezember 2022 den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für ein Studierenden-Energiepreispauschalengesetz angenommen. Studenten in der Energiekrise zu unterstützen, hat die Unionsfraktion wiederholt in eigenen Anträgen gefordert. Deswegen haben wir uns der Koalition in diesem Verfahren angeschlossen und für den Entwurf gestimmt, auch wenn einige Punkte noch verbesserungswürdig sind.

Die Unionsfraktion begrüßt das Instrument der Preisbremsen, hält aber die Entwürfe im Konkreten für mangelhaft, denn sie sind bürokratisch bis zur Unverständlichkeit und ungerecht. Die Preisbremsen sollen die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern. Die Entlastung bestimmt sich nach einem Kontingent des Erdgas- und Wärmeverbrauchs zu einem vergünstigten Preis. Für die Umsetzung der Preisbremsen fallen Haushaltsausgaben in Höhe von circa 56 Milliarden Euro in den Jahren 2023 und 2024 an. Dass die Preisbremse nicht für Holzpellets, Öl- und Flüssiggas-Heizungen gilt, ist etwas, über das noch einmal gesprochen werden muss.

Besonders fragwürdig ist auch, dass die Erneuerbaren Energien schlechter behandelt werden als die fossilen. Sonne, Wind, Bioenergie werden gedeckelt, aber Steinkohle ist davon ausgenommen. Mit dem Gesetz zur Strompreisbremse sollen Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher bis zum 30. April 2024 entlastet werden.

## Effektive Durchsetzung außenpolitischer Sanktionen: Sanktionsdurchsetzungsgesetz II



Der Bundestag stimmte am **1. Dezember 2022** für ein zweites Gesetz zur **effektiven Durchsetzung von Sanktionen** ab.

Die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung wollen mit ihrem „Sanktionsdurchsetzungsgesetz II“ auf Bundesebene eine Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung einrichten, bei der auch eine Hinweisannahmestelle geschaffen werden soll. Vorgesehen ist außerdem, dass bei Immobilientransaktionen nicht mehr mit Bargeld bezahlt werden darf.

In unserem Antrag haben wir als Unionsfraktion die Schaffung von schlagkräftigen Behörden und die Änderung mehrerer Gesetze gefordert, um sanktionierte russische Oligarchen zur Verantwortung ziehen zu können. Derzeit sind in Deutschland erhebliche Defizite bei der Durchsetzung von Sanktionen festzustellen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Gesetzgebung im Bereich der Sanktionen zusammenzuführen. Die bisherigen polizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste im Zoll sollten zu einer schlagkräftigen Zollpolizei im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen gebündelt werden. Eine Zollpolizei würde zum Abbau der bestehenden Doppel- und Dreifachstrukturen zwischen den Kontrolleinheiten, dem Zollfahndungsdienst und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit führen.

Gegenüber der Wirtschaftswoche habe ich meinen Standpunkt genauer verdeutlicht: [ZUM ARTIKEL](#)

## Inflationsausgleichsgesetz

Der Bundestag hat den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf „zum Ausgleich der Inflation durch einen fairen Einkommensteuertarif sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen“ verabschiedet. Der Entschließungsantrag von CDU/CSU, die Eckwerte des Einkommensteuertarifs schon für 2022 zugunsten der Steuerpflichtigen zu verschieben und die Freigrenze des Solidaritätszuschlages entsprechend anzuheben, fand keine Mehrheit. Wir fordern weiterhin, dass im kommenden Jahr die Schuldenbremse wieder eingehalten wird.

In meiner **REDE** dazu bin ich näher darauf eingegangen.



Foto: Michael Wittig



# Themen im Bundestag

## Haushalt für das Jahr 2023



In dritter Lesung hat der Bundestag das Haushaltsgesetz 2023 beschlossen. Der Bundestag verabschiedete mit Koalitionsmehrheit den Etat für das kommende Jahr, nachdem die Abgeordneten die Tage zuvor noch einmal jeden Einzelplan debattiert hatten. Über 67 Stunden beriet der Haushaltsausschuss den Regierungsentwurf.

Die Unionsfraktion hat mit guten Gründen gegen das Haushaltsgesetz gestimmt. Zwar wird mit den Krediten in Höhe von 45 Milliarden Euro die im Grundgesetz verankerte Schuldengrenze im kommenden Jahr wieder formal eingehalten. Jedoch sind in den Jahren 2021 und 2022 „Schulden auf Vorrat“ angesammelt worden, die jetzt nicht angerechnet werden. Dieser Buchungstrick der Ampelkoalition ist unverantwortlich. Die 60 Milliarden Euro Neuverschuldung im Nachtragshaushalt für 2021 und 140 Milliarden im Haushalt 2022, die 100 Milliarden für das Sondervermögen Bundeswehr und der "Doppel-Wumms" von 200 Milliarden im Wirtschaftsstabilisierungsfonds ergeben zusammen insgesamt 500 Milliarden Euro. Das ist die höchste Neuverschuldung, die es in dieser Republik je gab. Durch die hohen Schulden und die steigenden Zinskosten werden auch die künftigen Spielräume enger. Das wird die Handlungsspielräume, gerade der Jüngeren, in Zukunft dramatisch eingrenzen.

## Bundestag ordnet Holodomor als Völkermord ein



Der Bundestag hat einen Antrag mit dem Titel „Holodomor in der Ukraine: Erinnern – Gedenken – Mahnen“ verabschiedet, den die Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP gemeinsam mit CDU/CSU vorgelegt haben. Die Vorlage wurde mit der Mehrheit der Antragsteller bei Enthaltung der AfD und Die Linke angenommen.

Der Begriff Holodomor (von ukrainisch „holod“ – Hunger und „moryty“ – umbringen) bezeichnet dem Antrag zufolge die gezielte und massenhafte Tötung durch Hunger, der in den Jahren 1932 und 1933 Millionen Menschen in der damals zur Sowjetunion gehörenden Ukraine zum Opfer fielen. Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung unter anderem auf, die Erinnerung an die Opfer des Holodomors und dessen internationaler Bekanntmachung politisch weiter zu unterstützen und „jeglichen Versuchen, einseitige russische historische Narrative zu lancieren, weiterhin entschieden entgegenzuwirken“.

Der Deutsche Bundestag leitet aus Deutschlands eigener Vergangenheit eine besondere Verantwortung ab, innerhalb der internationalen Gemeinschaft Menschheitsverbrechen kenntlich zu machen und aufzuarbeiten.

## Sport in der Energiekrise und als Prävention



Deutschland bewegt sich zu wenig, schreibt die Unionsfraktion in ihrem Antrag „Sport als Prävention - Mehr Bewegung für ein gesünderes Leben“. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, eine konzertierte Aktion im Sport zu initiieren, um alle Stakeholder (Bund, Länder, Kommunen, Verbände, Vereine, Wissenschaft) aus den Bereichen Sport und Gesundheit zur Stärkung von Sport und Prävention einzubinden. Um vor allem junge Menschen zu motivieren, soll sich die Regierung dafür einsetzen, dass Sportgroßveranstaltungen in Deutschland stattfinden. Zudem müssen Präventionsangebote stärker vernetzt werden, die vom Deutschen Bundestag beschlossene Nationale Diabetesstrategie umgesetzt und eine Nationale Adipositas-Strategie implementiert werden.



## Rainer trifft...

### ... Herrn Weh und Herrn Flohr von AGV MOVE

Mit Florian Weh und Daniel Flohr vom Verband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister konnte ich mich konstruktiv über vergangene und zukünftige Herausforderungen im Bereich Mobilität austauschen. Besonders wichtig für die infrastrukturelle Sicherheit des Landes bleibt ein verlässliches Bahnnetz. Ein intensiver, zielorientierter Dialog ist daher sehr wertvoll.



### ... Julia Kowalski vom Zahlungsdienstleister Stripe

Im Gespräch mit Julia Kowalski vom Zahlungsdienstleister Stripe war unter anderem die aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene das Thema. Derzeit wird zum Beispiel über die Etablierung und Vereinfachung von Echtzeitüberweisungen diskutiert. Hierzu hat die EU-Kommission vor kurzem einen Richtlinienvorschlag veröffentlicht, der jetzt zwischen allen Mitgliedstaaten abgestimmt werden muss. Bisher sind Überweisungen in Echtzeit zumeist kostenpflichtig, was sich mit dieser neuen Richtlinie ändern könnte.

### ... Herrn Fairhurst von der spanischen Bank Santander

Zudem freue ich mich über das anregende Gespräch mit Sebastian Fairhurst von der Santander Bank. Wir konnten uns zu aktuellen finanzpolitischen Themen austauschen. Die Santander Bank ist insbesondere in den Bereichen Mobilitäts- und Konsumgüterfinanzierung in Deutschland führend.



### Für Sie erreichbar...

in Berlin:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 77420  
E-Mail: [alois.rainer@bundestag.de](mailto:alois.rainer@bundestag.de)

im Wahlkreis:  
Schulstraße 1  
94353 Haibach  
Telefon: 09963 / 943 9494  
E-Mail: [alois.rainer.wk@bundestag.de](mailto:alois.rainer.wk@bundestag.de)